



# **Beschlüsse**

**der Landesdelegiertenkonferenz  
der SPD 60 plus  
am 13.07.2019 in Renningen**

## **Antrag Nr. 1:**

### **RESOLUTION - Solidarisch in eine gute Zukunft!**

#### **Erfahrung schafft Zukunft**

Erfahrung schafft Zukunft, so lautet unser Motto der AG SPD 60 plus in Baden-Württemberg. Wir Älteren in der Partei haben einen großen Rucksack an Erfahrungen gesammelt mit der Zeit. Erfahrungen und Kompetenzen, die wir gerne teilen und auf die wir bauen und sie nutzen können, um der gegenwärtigen Generation, nachfolgenden Generationen, unseren Kindern und Enkeln eine bessere Welt zu hinterlassen. Diese Erfahrung lässt uns auch mit Besorgnis auf Europa und die Welt blicken, denn beide sind im Umbruch. Im Weißen Haus regiert ein Verrückter, der aus Geldgier und Egoismus Ideen aus dem letzten Jahrhundert propagiert („America First“) und dabei langjährige Beziehungen zu anderen Ländern gefährdet oder sogar Verträge zur Sicherung von Frieden und Stabilität aufkündigt. In Großbritannien haben Kapitalisten, Populisten im schlechten Sinne des Wortes und Nationalisten unter dem Vorwand des „Take back Control“ mit Fake News den Brexit propagiert. Als ob dies nicht schon schlimm genug wäre – nachdem sie gewonnen haben, stehen sie ohne jeden Plan vor ihrem Scherbenhaufen. Ihr Sieg macht England zum Verlierer. Auf andere Weise hat sich die Zerlegung der von Konservativen, Nationalisten und Rechtsextremisten gebildeten Regierung in Österreich vollzogen. Besonders erschreckend, wie sich Parteien und Verwaltungen auf die Zuschauerrolle zurückgezogen haben – die Welt wird von Kurznachrichten via Handy gelenkt.

#### **Nur gemeinsam ist Europa stark**

Diese Beispiele zeigen, warum wir die Europäische Union und die deutsche Sozialdemokratie brauchen. Bereits in ihrem Heidelberger Programm von 1925 fordert die SPD die Vereinigten Staaten von Europa. Der belgische Politiker Paul-Henri Spaak hat es einmal so formuliert: Es gibt nur zwei Arten von Staaten in Europa: kleine Länder und kleine Länder, die noch nicht begriffen haben, dass sie klein sind. Wie soll sich selbst das Land mit den meisten Einwohnern in Europa – Deutschland mit 82 Millionen – mit Blick auf Länder wie die USA oder China mit vielen hundert Millionen, gar über eine Milliarde Einwohner und enormer Wirtschaftskraft und Dynamik, behaupten? Behaupten im Sinne unseres Wertesystems, aber auch wirtschaftlich, kulturell, sozial ... Das geht nur gemeinsam in der Europäischen Union mit all ihren Mitgliedsstaaten und ihren über 500 Millionen Einwohnern.

Die SPD steht klar zu dieser Europäischen Union, aber wir müssen sie auch weiterentwickeln. Viele Krisen der letzten Jahre haben Schwachstellen aufgezeigt. Deshalb wollen wir die Idee der Europäischen Union stetig weiterentwickeln und Schritt für Schritt konkret werden lassen. Alle sollen fühlen, wie sehr ihnen die EU hilft – den Frieden zu erhalten, den Wohlstand, dort wo er fehlt, zu mehren und die kulturelle Vielfalt zu genießen.

Dabei denken wir stets an den größten Lügner im Land: Den Durchschnitt. Im Durchschnitt geht es allen Menschen in Deutschland gut. Im Durchschnitt geht es auch allen Ländern in der EU gut. Damit ist aber stets auch beschrieben, dass es einer Mehrheit schlechter geht als dem Durchschnitt. Daraus erwächst die Hauptaufgabe für uns: Wir kümmern uns um alle, denen es schlechter geht als anderen. Nicht in allen Mitgliedsländern kann alles zeitgleich und in gleicher Intensität entwickelt werden. Einzelne Länder können mit gutem Beispiel vorangehen, manchmal kann etwas in der verstärkten Zusammenarbeit gelingen, wofür die Gemeinschaft der 27 noch mehr Zeit benötigt. Europa muss sich nicht verkrampfen, sondern seine Vielfalt in den Dienst seiner Entwicklung stellen.

Wir wollen die Sozialunion, die Demokratie stärken, also insbesondere das Europäische Parlament, wir wollen die Bildungsunion voranbringen, Generationengerechtigkeit in ganz Europa zum Thema machen, wir wollen auch die Bankenunion vollenden. Und den Wirtschaftsraum stärken. Die Wirtschaftsunion scheint gut etabliert und durch die Grundfreiheiten gesichert. Die Grundfreiheiten: Warenverkehrsfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit, freier Kapital- und Zahlungsverkehr sind die Eckpfeiler der EU – ihre Ausgestaltung bis in die Lebenswirklichkeit erfordert noch große Anstrengungen. Wir können schon ohne Grenzkontrollen reisen, aber von annähernd gleichwertigen Lebensbedingungen kann noch keine Rede sein, weder in Deutschland noch in der EU. Diese werden sich auch nicht von heute auf morgen realisieren lassen, aber erste Schritte können wir bereits gehen. Dazu gehören Sicherungsmechanismen für die verschiedenen Sozialsysteme, damit kein Land mehr in Krisenzeiten bei seinen Schwächsten sparen muss und einem System europäischer Mindestlöhne, orientiert am landesspezifischen Medianeinkommen. Zusätzlich braucht die Eurozone aber auch ein eigenes Budget, um schnell und ohne lange Diskussionen der Mitgliedsländer handeln zu können. Dieses Eurozonenbudget sollte langfristig durch eigene Steuern, etwa die Finanztransaktionsteuer mit breiterer Basis als bisher im Konsens mit Frankreich gedacht gefüllt werden.

### **Digitalisierung begreifen, Chancen nutzen**

Die Digitalisierung verändert unsere Arbeitswelt, Künstliche Intelligenz (KI) ist dabei Chance und Risiko zugleich. Durch gute Bildung und Förderung von MINT-Fächern – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik - können wir internationaler Spitzenreiter in diesem Bereich werden. Gleichzeitig werden Digitalisierung und KI aber auch Arbeitsplätze ersetzen. Diese Arbeitnehmer\*innen gilt es aufzufangen - Arbeit gibt es genug. Auch im Gesundheitsbereich kann uns die KI von großem Nutzen sein, sei es in der Früherkennung von Krankheiten oder bei der Auswertung von Testergebnissen. Aber wir müssen uns immer bewusst sein, sie wird Ärzte, Krankenschwestern, Altenpfleger niemals ganz ersetzen können. MINT Fächer sind wichtig. Sie können aber nach und nach immer stärker von Rechnern übernommen werden. Deshalb sind andere Fähigkeiten, Kulturtugenden, Einfühlungsvermögen, Friedenssehnsucht, Verhandlungsgeschick, Kindererziehung, selbstbestimmte Organisation am Arbeitsplatz ... von mindestens ebenso großer Bedeutung.

## **Ein Sozialstaat für die Zukunft**

Zusätzlich müssen wir auch den Wandel der Lebenssituation vieler Arbeitnehmer\*innen reflektieren. Viele von Ihnen unterschreiben in immer kürzeren Zeitabständen neue Arbeitsverträge, wechseln in ihrem Berufsleben häufiger die Stelle. Das Modell lebenslang in einem Beruf gehört oft der Vergangenheit an. Hier muss es uns durch eine Reform der sozialen Sicherungssysteme gelingen, diesen Wandel abzubilden. Dies darf aber nicht mit einer Zunahme von Scheinselbständigkeit oder atypischer Beschäftigung einhergehen. Unser Ziel muss eine Zunahme von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sein. Dazu brauchen wir einen neuen Sozialstaat für eine neue Zeit, einen Sozialstaat für die Zukunft. Erste Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch, längerer Bezug von Arbeitslosengeld I, Bürgergeld statt Arbeitslosigkeit II (ALG II, Hartz IV), ein Recht auf Weiterbildung, Kindergrundsicherung, Grundrente, Reform der Pflegeversicherung, Bürger\*innenversicherung (GKV) und Erwerbstätigenversicherung (GRV) für alle Menschen in Deutschland. Niemand mehr soll in unserem Land Angst haben, in Armut abzurutschen, wenn die Arbeitslosigkeit zu lange andauert oder im Erwerbsleben zu wenig Anwartschaften gesammelt wurden, Kinder dürfen nicht als Kostenfalle gesehen werden, jede\*r sollte gute und bezahlbare Gesundheitsleistungen erhalten. All das ist gelebte Solidarität, ist ein Sozialstaat für die Zukunft.

## **Es müssen sich alle beteiligen, damit es allen gut geht**

Die Welt rückt immer näher zusammen, einerseits positiv, noch nie war das Reisen oder Kommunizieren an das andere Ende der Welt einfacher, aber auch negativ, die Geschwindigkeit, mit denen Unternehmen immer größer werden, ihre Konzernstruktur so gestalten, dass sie weltweit möglichst keine Steuern zahlen müssen. Solange die Staaten aber in wirtschaftlicher und politischer Konkurrenz untereinander versuchen, auf Kosten der Anderen, jeweils für sich das Beste herauszuholen, können wir diesem Problem nicht Herr werden. Ein Race-to-the-bottom hilft dem aktiven Staat vielleicht kurzfristig, langfristig können wir diese ungezügeltere Steuergestaltung nur in Zusammenarbeit mit anderen Ländern erfolgreich bekämpfen. Nationale Regeln allein sind in einer globalisierten Welt keine adäquate Antwort.

Aber auch in Deutschland müssen wir etwas am Steuersystem ändern. Es darf nicht sein, dass einige wenige mit Spekulationen in wenigen Tagen so viel Geld bekommen, wie andere ihr ganzes Arbeitsleben lang nicht verdienen können. Oft zahlen kleine und mittlere Einkommen fair ihre Steuern und sehen, wie die hohen Einkommen sich arm rechnen oder für ihr Versagen als Manager noch mit hohen Abfindungen belohnt werden. Wir brauchen eine Reform des Einkommensteuersystems, hin zu einer stärkeren Beteiligung sehr hoher Einkommen. Wir brauchen eine Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von extremen Managergehältern. Diese haben nicht mehr nachvollziehbare Ausmaße angenommen, hier muss nicht noch der Steuerzahler diese subventionieren. Zusätzlich brauchen wir dringend wirksame vermögensbezogene Steuern in Deutschland. Sei es über eine funktionierende Steuer auf hohe Erbschaften oder die Erhebung der Vermögensteuer in verfassungsfester Form. Natürlich

wollen wir auch die Einkommensteuer reformieren. Der Spitzensteuersatz darf bei sehr hohen Einkommen auch über 50 % liegen – mit Blick darauf, was dem Bürger, der Bürgerin nach Steuern bleibt, kann jeder auf seinen Beitrag für das Gemeinwesen stolz sein.

### **Ein starker Staat für ein starkes Land**

Zwei Jahrzehnte nach den großen Privatisierungen in Deutschland müssen wir sehen, dass die erhofften Verbesserungen oft nicht eingetreten sind. Wohnungspreise steigen ins Unermessliche, täglich hören wir Klagen über die Bahn oder die Post- und Telekommunikationsunternehmen. Deren Handeln ist offenbar viel stärker profit- als kundenorientiert. Damit in Zusammenhang steht auch ein gewaltiger Investitionsstau in vielen Bereichen Deutschlands. Der Markt regelt eben nicht alles, ist aber das Vehikel zur Einkommens- und Vermögenskonzentration in privater Hand. Es gibt keinen Grund uns Denkverbote aufzuerlegen - auch Wiederverstaatlichung oder Rekommunalisierung sind Optionen in einer Zukunft, die Gemeinschaftsaufgaben stärker im Blick hat als heute.

Insbesondere in Phasen von Rezessionen muss der Staat die Chancen nutzen, Geld in die Hand nehmen und handeln, wo andere versagen. Der Ausbau der Bahnstrecken in Deutschland und von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, sogar der Lückenschluss in Glasfasernetzen oder Autobahnteilstücken, lösen diesen Stau auf, sie kurbeln zudem die Wirtschaft an und sind gut für Umwelt und Arbeit. Mit staatlichen Wohnungsbaugesellschaften, Investitionen in schnelles Internet und einer guten Bildungsinfrastruktur holen wir jede und jeden dort ab, wo sie sich bisher mit ihren Problemen allein gelassen fühlen. Die Zukunft liegt nicht im "weiter so" sondern in der aktiven Verantwortung für eine soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung, einer neuen Kultur, Fortschritt und Globalisierung zu gestalten.

### **Mensch und Umwelt – Hand in Hand**

Ohne eine funktionierende Umwelt nützt uns das beste Sozial- oder Steuersystem nichts und der fortdauernde Klimawandel ist ein Fakt, daran gibt es nichts zu leugnen. Wer dies tut, verschließt die Augen vor der Realität. Unser vordergründiges Ziel muss die Einhaltung der Klimaschutzziele 2030 und der Ziele des Pariser Klima-Abkommens sein. Unsere bisherigen Anstrengungen die globale Erwärmung zu verlangsamen, waren nur bedingt erfolgreich, es wird Zeit sich engagierter um Umwelt und Natur zu kümmern. Dazu gehört, dass jede\*r sein eignes Konsumverhalten auf den Prüfstand stellt, aber auch der Staat aktiver wird. Wir müssen so schnell wie möglich aus der Kohle aussteigen. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien. Der Ausbau von Bahn- und Bus-Angeboten, sowie Car-Sharing hilft uns, den Ausstoß von gefährlichen CO<sub>2</sub>-Abgasen zu reduzieren. Dazu gehört auch die Verlagerung von Güterverkehr (Schwerlasten) auf Schiene und Wasser. Über eine CO<sub>2</sub>-Steuer kann der Ausstoß weiter reduziert werden und die Verursacher müssen dafür zahlen. Die Einnahmen können dann wieder in Umweltprojekte oder die Förderung von CO<sub>2</sub>-Sparmaßnahmen investiert werden.

Aber auch der Staat muss schauen, was er mit seinem Geld macht. Wir sind für ein Verbot von Investitionen von Geldanlagen in nicht nachhaltige Projekte, etwa Ölbohrungen. Dies muss auch für Institutionen gelten, an denen der Staat direkt oder indirekt beteiligt ist oder einen Sitz im Entscheidungsgremium (z.B. Weltbank) hat.

Insgesamt geht es um einen langfristigen Transformationsprozess an dessen Ende der vollständige Ausstieg aus fossilen Energieträgern auf der einen Seite steht, auf der anderen Seite viele neu geschaffene Arbeitsplätze in den Technologien zur Nutzung der Sonnenenergie für Wärme, Kälte, Strom und Mobilität.

---

## **Antrag Nr. 2:**

### **Ethische Regeln für Digitalisierung / digitale Transformation erarbeiten**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, auf die Entwicklung von einklagbaren ethischen Regeln im Zusammenhang mit der Digitalisierung und Transformation der Lebens- und Arbeitswelt hinzuwirken. Besonderer Fokus soll dabei auf die Veränderungen für die Wirtschaft gesetzt werden. Hierzu soll die Aufnahme eines weiteren Arbeitsschwerpunkts zur bereits begonnenen Arbeit der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ (KI) oder die Einrichtung einer eigenen Kommission geprüft werden.

Wir fordern auf, folgende Themenbereiche auf Chancen und Potenziale der KI sowie die damit verbundenen Herausforderungen zu untersuchen:

1. Bedeutung der Kombination von KI, dem Internet der Dinge, der Robotik und dem Maschinenbau und weiterer Schlüsseltechnologien für den Wirtschaftsstandort Deutschland, insbesondere auch im Hinblick auf den Mittelstand
2. notwendige Infrastruktur zur weiträumigen und sicheren Nutzung von KI und zum Schutz vor Cybercrime
3. Veränderungen der Arbeitswelt durch KI
4. Veränderung von Wertschöpfungsketten durch KI
5. Fähigkeiten von KI-Systemen in der Kooperation und Kollaboration mit dem Menschen im beruflichen Umfeld
6. Auswirkungen des technologischen Wandels auf die Soziale Marktwirtschaft, Tarifbindung und Mitbestimmung
7. Potenziale von KI für Umwelt- und Klimaschutz sowie eine ressourcenschonende Produktionsweise

Die Digitalisierung muss es den älteren Menschen ermöglichen, länger selbstständig zu sein und auch am Gemeinschaftsleben teilnehmen zu können. Dabei geht es wesentlich darum, dass es auch in „der schönen neuen Welt“ sozial gerecht zugeht. Das bedeutet: bezahlbare Digitalisierung.

Darüber hinaus wird der Parteivorstand aufgefordert, die fortwährende Diskussion zu einer „digitalen Ethik“ durch ein eigenes, regelmäßig öffentliches Forum zu begleiten und damit aktiv den gesellschaftlichen Diskurs mitzugestalten.

---

### **Antrag Nr. 3:**

Nachhaltige Entwicklungs-Zusammenarbeit wird künftig

1. eine Berufsbildungsinitiative in den Ländern initiieren. Diese muss so organisiert sein, dass nach der Ausbildung die Gesellen in den Handwerksbereichen Fuß fassen können. Dabei kommt es darauf an, dass zum Beispiel in der Landwirtschaft gelernt wird, wie bessere Erträge zu generieren sind.
  2. zusammen mit der Stiftung Weltbevölkerung die Staaten anregen, dass staatliche Stellen Programme gegen den Geburtenüberschuss organisieren.
  3. in der Gesundheitspolitik die Einführung einer Renten- und Krankenversicherung vorantreibt. Da können wir mit Know How helfen.
  4. korrupte Politiker nicht unterstützen (Lebensmittelhilfe landet in den Händen korrupter Politiker). Schwarzmarkt führt zu Dumpingpreisen als Konkurrenz für die heimischen Bauern.
  5. den wirtschaftlichen Fortschritt in armen Ländern nicht behindern (sie sollen ihre Infrastruktur selbst verbessern, Gesetze schaffen, die die Marktwirtschaft verbessern, Freihandel mit der EU ausweiten).
  6. nicht indirekt zur Finanzierung der Gewalt eingesetzt werden (Missbrauch von Hilfsleistungen).
  7. keinen Wettbewerb unter den Hilfsorganisationen zulassen.
-

#### **Antrag Nr. 4:**

Wir fordern die jetzige Pflegeversicherung durch eine Pflegevollversicherung mit Vollkostenübernahme und begrenztem Eigenanteil der Versicherten zu ersetzen.

---

#### **Antrag Nr. 5:**

##### **Grundrente und Erwerbstätigenversicherung**

Die AG SPD 60 plus unterstützt ausdrücklich das Konzept der Grundrente, das Bundesarbeits- und Sozialminister Hubertus Heil vorgelegt hat, und fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass

- die Finanzierung ausschließlich aus Steuermitteln erfolgt
  - keine Bedürftigkeitsprüfung stattfindet
  - die Möglichkeit flexibler Übergänge statt starrer Zugangsvoraussetzungen von 35 Beitragsjahren geschaffen werden
  - Zeiten von Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden  
sowie
  - die gesetzliche Rentenversicherung durch Einbeziehung aller Erwerbseinkommen zukunftssicher gemacht wird.  
(Erwerbstätigenversicherung)
- 

#### **Antrag Nr. 6:**

Die SPD muss in der Rentenpolitik dafür sorgen,

- dass das Nettorentenniveau vor Steuern in absehbarer Zeit wieder auf über 50% angehoben wird.

- dass die gesetzliche Rente wieder zur tragenden Säule der Altersvorsorge wird.
  - dass die gesetzliche Rentenversicherung nicht durch versicherungsfremde Leistungen belastet wird.
  - dass das gesetzliche Rentenzugangsalter nicht weiter steigen darf.
- 

#### **Antrag Nr. 7:**

##### **Doppelverbeitragung in der betrieblichen Altersversorgung .**

Für alle in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Bezieher von Betriebsrenten und anderen Versorgungsbezügen (u.a. Direktversicherungen) muss die im Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) beschlossene gesamte Beitragspflicht ( Arbeitgeber- und Arbeitnehmer Anteil) für alle Betroffenen für den Arbeitgeberanteil rückgängig gemacht werden.

---

#### **Antrag Nr. 8:**

##### **Beseitigung des Ärztemangels insbesondere in ländlichen Regionen**

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, bei der Landesregierung darauf hinzuwirken, mit folgenden Maßnahmen dem Ärztemangel zu begegnen.

- a) mehr Studienplätze für die medizinische Ausbildung
  - b) den Numerus Clausus für einen Teil der Studienplätze in diesem Bereich abzuschaffen und durch einen Eignungstest zu ersetzen
  - c) die Einrichtung von Ärztezentren und Ärztehäusern zu fördern
-

**Antrag Nr. 10:**

**Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Pflegepersonal bzw. der Auszubildenden**

Bundes – und Landesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Pflegeberufe in den Zuständigkeitsbereich des Berufsbildungsgesetzes übernommen und die Rahmenbedingungen für das Pflegepersonal erheblich verbessert werden.

---

**Antrag Nr. 11:**

**Keine weitere Anhebung des Wehretats/Lagerung von Atomwaffen in Büchel, Rheinland - Pfalz**

Die Bundesregierung wird gebeten, die Regierung der USA aufzufordern, die Atomwaffen, die in Büchel lagern, abzuziehen. Darüber hinaus darf der Wehretat nicht weiter erhöht werden.

---

**Antrag Nr. 12:**

**Mensch und Natur in Gefahr - Frieden schaffen, auch mit Umwelt und Natur**

Die SPD-Seniorinnen und -Senioren solidarisieren sich mit den weltweit und massenhaft demonstrierenden Jugendlichen (Fridays for Future) zur Rettung unserer Lebensgrundlagen. Wir unterstützen ihre Forderungen und erwarten wie sie, dass Politik und Gesellschaft die Befürchtungen und Ermahnungen ernst nehmen und handeln. Es ist höchste Zeit: Längst bekannte und überfällige Maßnahmen gegen die lebensbedrohende Klimakatastrophe und gegen die fortschreitende Umweltzerstörung müssen zeitnah angegangen werden. Insbesondere muss das entscheidende Klimaziel -Temperaturanstieg möglichst unter 1,5°C halten - unbedingt erreicht werden.

---

## **Initiativantrag 1:**

### **Seniorenticket für Baden-Württemberg**

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, im Landtag den Antrag zu stellen, ein günstiges ÖPNV-Ticket für Seniorinnen und Senioren einzurichten. Für 365 Euro im Jahr soll Männern und Frauen ab 63 Jahren ein Jahresticket angeboten werden, das im öffentlichen Verkehr in ganz BW ausschließlich der ICE gilt. Dabei können Kinder unter 14 Jahren kostenlos mitgenommen werden. Zusätzlich sollten in jedem Bezirk (4) Regionaltickets angeboten werden, die nicht mehr als 150 Euro kosten.

---

## **Resolution 1:**

### **Eigenbedarfskündigung von Mietwohnung der Senioren**

Die SPD AG 60 plus in Baden-Württemberg fordert den Gesetzgeber auf, dafür zu sorgen, dass Senioren unter die Sozialklausel der Härtefallregelung fallen, die das 80 Lebensjahr vollendet haben, schwer krank sind und eine Wohndauer von mindestens 30 Jahren in der Mietwohnung haben. Die Folge wäre ansonsten ein unzumutbarer Umzug für diese hochbetagten Senioren.

Außerdem fordert die SPD AG 60 plus den Eigenbedarf auf Verwandte ersten Grades in aufsteigender- und absteigender Linie zu begrenzen, damit ein Missbrauch von Eigenbedarfskündigungen vorgebeugt werden kann.